

LANDESZEITUNG

Donnerstag, 30. Oktober 2025
2. Jahrgang · Nr. 253 · Euro 2,50

Buchholzer Zeitung · **FÜR DIE NORDHEIDE** · Jesteburger Nachrichten

www.lz-nordheide.de
Partner im RedaktionsNetzwerk Deutschland

neubauer
IMMOBILIEN GmbH

WIE VIEL IST IHRE
IMMOBILIE WERT?
WIR SAGEN ES IHNEN
TEL.: 04171 788 97 64

TOP
2023

Bahnhofstraße 90 | 21423 Winsen
www.neubauerimmobilien.de

BUCHHOLZ

Sicherheit als zentrales Thema

Die CDU-Fraktion im Buchholzer Stadtrat hat aktuell vor allem ein Thema auf der Agenda: die Sicherheit in der Innenstadt und am Bahnhof. Welche Maßnahmen zu einem höheren Sicherheitsgefühl beitragen könnten, auf » Seite 3

BUCHHOLZ

Maßnahmen am Buenser Weg

2023 ist ein Kind an der Schule im Buenser Weg schwer verunglückt, wurde von einem Bus angefahren. Für mehr Sicherheit setzt die Stadt jetzt weitere Maßnahmen um. » Seite 3

LANDKREIS

Stallpflicht im Kreisgebiet

Die Vogelgrippe hat Norddeutschland erreicht – nun reagiert der Landkreis. Ab Donnerstag gilt für Halter mit mehr als 50 Tieren eine Stallpflicht. » Seite 5

SALZHAUSEN

Immer ein offenes Ohr

Bianca Tacke hat als Bürgermeisterin immer ein offenes Ohr für die Salzhäuser. Einmal im Monat wartet sie auf die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger. » Seite 5

STELLE

Grundschulen gut vorbereitet

Stelles Schulen sind bereit für die Zukunft: Die Grundschulen liegen beim Ausbau für den Ganztagsbetrieb im Zeitplan. Doch in den Kitas bleiben Plätze leer. » Seite 7

WETTER

13°
3°



Nach anfänglichem Regen gehen bei Bewölkung noch einzelne Schauer nieder.



Technik, Teamgeist und Torte

Wenn Lampen flackern und Toaster streiken, greifen die Ehrenamtlichen des Repair-Cafés Buchholz – hier Hinrich Wendt – zum Schraubenzieher. Jede Reparatur erzählt ihre eigene Geschichte.

» Seite 4



Foto: Freiwilligenagentur fee - Christine Folk

Der Führerschein als Luxus: Länder wollen Preisbremse

Auf dem Weg zur Fahrerlaubnis werden mitunter 4500 Euro fällig – Mit Online-Theoriestunden, digitalem Lernen und Fahrstunden im Simulator sollen die Kosten sinken

VON MARCO SENG

Hannover. Eine Fahrerlaubnis zu erwerben, ist besonders für viele junge Leute oft schwer zu bezahlen. Deshalb wollen Bund und Länder den Führerschein jetzt billiger machen. Ein entsprechender Beschluss soll heute auf der Verkehrsministerkonferenz in Straubing gefasst werden. Unter anderem sollen die Anzahl der Ausbildungsfahrten und der Fragenkatalog für die theoretische Fahrprüfung deutlich reduziert werden. „Alle müssen die Chance haben, die Fahrerlaubnis zu erlangen“, sagte Niedersachsens Verkehrsminister Grant Hendrik Tonne (SPD). „Der Führerschein darf kein Luxusgut werden.“

Bei den aktuellen Preisen ist das aber kurz davor.“ Für Familien mit Durchschnittseinkommen seien Preise von 3500 bis 4500 Euro für den Pkw-Führerschein der Klasse B nicht zu stemmen, vor allem nicht mit mehreren Kindern.

„Der Führerschein darf kein Luxusgut werden. Bei den aktuellen Preisen ist das aber kurz davor.“

Grant Hendrik Tonne (SPD),
niedersächsischer
Verkehrsminister

Tonne betonte, dass die Fahrerlaubnis gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen ein riesiges Thema sei. Um zur Ausbildung, zur Arbeit oder zu Bekannten zu kommen, sei das Auto nach wie vor das Mittel der Wahl.

Online-Theoriestunden, digitales Lernen und die Fahrstunden im Simulator könnten gute Bausteine sein, um die Kosten zu senken. „Auch der Umfang der Prüfung sollte hinterfragt werden – bei Theorie und Praxis“, sagte Tonne. Die Verkehrssicherheit müsse bei der Reform aber oberste Priorität haben.

Zuvor hatte sich bereits Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) dafür ausgesprochen, den Führerschein einfacher und bezahlbarer zu machen – und Eckpunkte für eine Reform vorgelegt. Die Fahrerlaubnis sei ein Schlüssel zur Freiheit, besonders da, wo Bus und Bahn selten fahren. Bei der theoretischen Prüfung sollen mehrere Hundert Fragen aus dem umfassenden Katalog gestrichen werden. Im Fokus stehen sollen dann die relevanten Themen der Verkehrssicherheit. Die Pflicht zu Präsenzunterricht soll entfallen und Wissen auch komplett über digitale Wege wie Apps oder Lernplattformen vermittelt werden können.

Mindestlohn steigt 2026 auf 13,90 Euro

Berlin. Der Mindestlohn steigt wie geplant zum 1. Januar auf 13,90 Euro pro Stunde und ein Jahr später um weitere 70 Cent auf 14,60 pro Stunde. Das Bundeskabinett beschloss in Berlin eine entsprechende Verordnung. Eine weitere Zustimmung durch Bundestag oder Bundesrat ist nicht nötig.

Grundlage für die Anhebung ist eine Empfehlung der Mindestlohnkommission aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern. Sie hatte sich im Juni nach kontroverser Debatte auf diesen Vorschlag geeinigt. Die Arbeitgeber hatten einen großen politischen Druck kritisiert. Die SPD hatte etwa eine Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro zum nächsten Jahr gefordert. Aktuell liegt er bei 12,82 Euro. Die Mindestlohnkommission entscheidet alle zwei Jahre über die Anpassung. Die Bundesregierung setzt den Beschluss dann per Verordnung um.

Stallpflicht greift

In 15 Kreisen der Region Hannover und Oldenburg darf Geflügel nicht raus

VON KILIAN GENIUS

Hannover. Tote Kraniche auf den Feldern, Stallpflicht für Geflügel und wachsende Sorge in den Betrieben: Die Vogelgrippe breitet sich in Niedersachsen weiter aus. Inzwischen gelten in weiten Teilen des Landes Auflagen. Agrarministerin Miriam Staudte (Grüne) mahnt dennoch zu Besonnenheit: Man müsse „ein bisschen Ruhe auch bewahren“. In den Jahren 2021 und 2022 mussten in Niedersachsen jeweils mehr als eine Million Tiere getötet werden – von solchen Zahlen sei man derzeit „ganz, ganz weit

entfernt“. Bislang seien in diesem Jahr rund 180.000 Tiere geküht worden. Seit Oktober gab es nach Angaben des Agrarministeriums elf Ausbrüche in Geflügelhaltungen – in den Landkreisen Cloppenburg, Vechta, Diepholz und Heidekreis. Das Ausbruchsgeschehen unterscheidet sich regional sehr, sagte Staudte.

Nach Angaben des Ministeriums sind auch Betriebe betroffen, die bereits in früheren Jahren Ausbrüche verzeichnet hatten. In den Gemeinden Garrel, Bösel und Friesoythe (alle Landkreis Cloppenburg) sei ein Wiederbelegungsverbot verhängt worden. Das heißt: Nach einem Ausbruch dürfen die Ställe dort nicht sofort wieder mit Geflügel besetzt werden. Dadurch solle die Geflügeldichte verringert und das Risiko weiterer Infektionen gesenkt werden. Inzwischen ha-

ben 15 Landkreise sowie die Region Hannover und die Stadt Oldenburg eine allgemeine Stallpflicht angeordnet – meist für Betriebe mit mehr als 50 Tieren. Dazu zählen: Emsland, Grafschaft Bentheim, Cloppenburg, Oldenburg, Ammerland, Vechta, Diepholz, Nienburg, Celle, Gifhorn, Uelzen, Heidekreis, Osterholz, Harburg und Stade. In Rotenburg/Wümme, Peine, Wolfenbüttel und Salzgitter gelten einzelbetriebliche Anordnungen.

Auch Haustiere rücken in den Fokus. Das Landwirtschaftsministerium warnt davor, dass das Virus auf Katzen übertragen werden könnte. Ministerin Staudte hat Tierärzte angewiesen, mit Einverständnis der Halter, Blutproben von Freigängerkatzen zu entnehmen und an das Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zu schicken. » Seite 5

KANZLEI ALTE VILLA
RECHTSANWALT JAN HARDEN

RECHTSANWALT JAN HARDEN
(Notar mit dem Amtssitz in Seevetal)

Luhdorfer Straße 66
21423 Winsen (Luhe)
Tel. 04171 - 604 19 33
www.kanzlei-am-saal.de

NEUERÖFFNUNG